



BERND RÜTZEL

sozial - kompetent - nah

NEWSLETTER APRIL 2025

BERND RÜTZEL

Mitglied des
Deutschen Bundestages

Wahlkreis: Main-Spessart/Miltenberg

Betreuungswahlkreise:

Aschaffenburg und Würzburg

WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstraße 13

97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

Fax 09351 6058298

bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

BÜRO BERLIN

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

Fax 030 227 76433

bernd.ruetzel@bundestag.de

MIT NUR EINEM KLICK:



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

spätestens am 30. Tag nach der Wahl muss sich der neue Bundestag konstituieren. Damit endet die 20. Wahlperiode des Deutschen Bundestages endgültig. Das alles ist diese Woche geschehen.

Der alte Bundestag hat letzte Woche noch die Schuldenbremse für die Verteidigung gelockert und ein Sondervermögen auf den Weg gebracht (siehe Seiten 2 und 3). Ich fand diesen Schritt dringend notwendig. Er hätte schon vor fünf Jahren gegangen werden müssen.

Dennoch gibt es auch Menschen, die mir sagen, dass sie sich sorgen. Ich nehme das sehr ernst. Die im Grundgesetz verankerte Verschuldung ist eine wichtige Basis für die Arbeit der neuen Regierung. Entscheidend ist, dass das Geld jetzt nicht einfach ausgegeben, sondern effizient und effektiv eingesetzt wird.

Dazu müssen Genehmigungsverfahren vereinfacht und verkürzt und zu hohe Standards angepasst werden. Wir Deutsche sind verliebt in Perfektionismus, vielleicht genügt aber auch eine ordentliche handwerkliche und von Fachleuten vorgeschlagene Lösung. Jede und jeder von uns kennt sicher Beispiele für überbordende und unsinnige Bürokratie. Mein Leitspruch: Einfach machen! In zweierlei Hinsicht: nicht zu kompliziert und los gehts. Eine gute Lektüre!

Euer *Bernd Rützel*

3



Grundgesetzänderung
beschlossen

5



So geht es weiter im
Bundestag und in der SPD

Ich begrüße alle Genossinnen und Genossen aus Würzburg Stadt & Landkreis!

Ab sofort bekommt Ihr (wie bereits von 2013 bis 2021) die aktuellen Infos aus Berlin von mir als Eurem Betreuungsabgeordneten.

Bei Fragen und Anregungen zur Bundespolitik bin ich gerne Euer Ansprechpartner.

KLARTEXT

REFORM SCHULDENBREMSE: BELASTUNG FÜR KOMMENDE GENERATIONEN?



Sind das Sondervermögen Infrastruktur für Bund, Länder und Kommunen und die Aussetzung der Schuldenbremse im Bereich Sicherheit und Verteidigung eine Belastung für die Bürgerinnen und Bür-

ger? Müssen die Jungen die Zeche bezahlen? Wem werden diese Kosten aufgebürdet?

Ich finde, es wäre eine Belastung für uns alle, wenn wir jetzt nicht in Sicherheit investieren. Wir wollen auch weiterhin in Frieden leben können. Damit das so sein wird, müssen wir fähig sein, uns zu verteidigen. Ich finde, es ist eine Belastung, wenn es in unsere Schulen hineinregnet, wenn Fenster nicht funktionieren, wenn es kein WLAN an Schulen gibt, wenn die Toiletten stinken. Das ist für mich kein guter Lernort. Deshalb müssen wir in Bildung investieren - in Personal und in Beton. Ich finde es eine Belastung, wenn wir unsere Krankenhäuser nicht auf den modernsten Stand bringen. Viele Menschen können sonst nicht gut versorgt werden. Wir müssen hier viel mehr inves-

tieren. Es gibt großen Nachholbedarf. Die Medizin macht Fortschritte und die sollen auch bei jeder Bürgerin und jedem Bürger ankommen. Ich finde es eine Belastung, wenn wir nicht in Brücken, Autobahnen und die Eisenbahn investieren. Alles andere wäre eine Gefahr für Leib und Leben, für die Wirtschaft und für den Ruf unseres Landes. Ich finde es eine Belastung, wenn wir die Anstrengungen zur Erreichung der Klimaziele nicht fortführen. Nur dann wird die Welt, die wir einmal hinterlassen, noch lebenswert sein. Auf diesem Weg dürfen wir die Menschen und die Unternehmen nicht alleine lassen. Deshalb ist es richtig, jetzt in einen Klima- und Transformationsfonds zu investieren.

Dieser Beschluss ist ein kraftvoller An Schub für Deutschland mit dem Potenzial unser Land für die nächsten Jahre, vielleicht Jahrzehnte wieder nach vorne zu bringen. Das sind wir nachfolgenden Generationen schuldig. Wenn wir es jetzt nicht angehen, werden die Bedingungen immer schwerer und Kosten immer größer. Das wäre eine viel erheblichere Belastung für unsere Kinder und Kindeskin der.

LAGE DER FRAKTION – DER PODCAST

Wie geht es weiter, Lars?

Lars Klingbeil über den geplanten Generationenwechsel und eine mögliche Koalition mit der Union





»Wir haben gemeinsam in der demokratischen Mitte das Fundament gelegt, dass Deutschland wieder auf die Beine kommt und sich schützen kann.«

SPD Bundestagsfraktion

ZEITENWENDE

MILLIARDEN FÜR UNSERE ZUKUNFT

Mit der Grundgesetzänderung machen wir Deutschland stärker, moderner und sicherer. Gemeinsam mit den Fraktionen von Union und Grünen setzen wir das größte Modernisierungs- und Infrastrukturprogramm um, das es in Deutschland jemals gab.

Bereits 2019 hat die SPD auf ihrem Bundesparteitag beschlossen, mehr Geld in die Infrastruktur stecken zu wollen. Das blockierten bislang die Koalitionspartner. Nun können wir endlich angemessen in unsere Zukunft investieren:

- Russlands Angriff auf die Ukraine und die politische Kehrtwende der neuen amerikanischen Regierung machen es nötig, dass wir mehr für unsere Sicherheit tun. Deswegen ändern wir die Schuldenregel im Grundgesetz so, dass zusätzliche Ausgaben für Sicherheit und Verteidigung möglich sind — ohne Einschränkungen beim sozialen Zusammenhalt.
- Wir haben einen enormen Nachholbedarf bei Investitionen in die Infrastruktur. Deshalb schaffen wir ein Sondervermögen von bis zu 500 Milliarden Euro, aus dem zusätzliche Investitionen in Infrastruktur und Klimaneutralität finanziert werden. Die Mittel stehen



Wokandapics | pixabay

zum Beispiel bereit für Kitas und Schulen, für Krankenhäuser und digitale Netze, für verlässliche Schienenwege und stabile Brücken. Klimaschutz wird besonders berücksichtigt: 100 Milliarden Euro sind für den Klima- und Transformationsfonds vorgesehen. Dieses Geld steht nicht komplett 2025 bereit, sondern wird auf 12 Jahre verteilt.

- Um vor Ort mehr finanzielle Spielräume zu ermöglichen, sind 100 Milliarden Euro des Sondervermögens für Investitionen der Länder und Kommunen eingeplant. Die Länder erhalten zudem neue Spielräume zur Aufnahme von Krediten.

Mit diesem Paket ermöglichen wir, dass die Wirtschaft wieder Fahrt aufnimmt und sichern unseren Wohlstand. Und wir sorgen dafür, dass wir unseren Kindern und Enkelkindern ein sicheres, funktionierendes und lebenswertes Land hinterlassen.

Um die Mittel zielgerichtet und effizient zu investieren, werden wir Bürokratie abbauen, den Staat modernisieren und die Verwaltung weiter digitalisieren.

Ich bin mir sicher: Das Paket ist ein kraftvoller Anschlag für Deutschland. Es hat das Potenzial, unser Land für die nächsten Jahre, vielleicht Jahrzehnte wieder nach vorne zu bringen.

Mehr dazu [hier](#) auf der Homepage der SPD-Fraktion.



distelAPPArat | pixabay

TEMPO 30

MEHR RECHTE FÜR KOMMUNEN

Nach zähen Verhandlungen hatte die Ampel-Koalition im vergangenen Jahr mit dem Bundesrat eine Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und der Straßenverkehrsordnung beschlossen. Kern der Reform: mehr Kompetenzen für Kommunen, z.B. bei der Anordnung von Tempo-30-Zonen.

Der entscheidende Akt für die Anwendung vor Ort ist mit dem Bundesratsbeschluss über die neue Verwaltungsvorschrift zur Straßenverordnung am 28.03.2025 erfolgt. Darin ist nun im Detail ausbuchstabiert, was die Kommunen beachten müssen, wenn sie z.B. neue Tempo-30-Abschnitte oder neue Fußgängerüberwege anordnen wollen. Die Kommunen können endlich richtig loslegen mit der Umsetzung vor Ort.

Die wichtigste Änderung im Straßenrecht ist: Verkehrssicherheit für alle ist wichtiger als der flüssige Verkehr. Alle Verkehrsteilnehmer sind gleichrangig, die grundsätzliche Priorisierung des Autoverkehrs – auch zulasten der Sicherheit anderer – damit Geschichte.

Tempo 30 kann in den Kommunen künftig eingerichtet werden,

- in der unmittelbaren Umgebung von Kindergärten, Schulen, Förderschulen, Alten- und Pflegeheimen, Einrichtungen für Menschen mit Behinderung oder Krankenhäusern, die über einen direkten Zugang zur Straße verfügen oder wo der Verkehr im Nahbereich der Einrichtungen besonders stark ist. Tempo 30 ist dann auf einen Abschnitt von bis zu 300 m und auf die entsprechenden Öffnungszeiten zu beschränken.
- auf hochfrequentierten Schulwegen. Hier soll „in der Regel“ Tempo 30 gelten, und zwar entlang des ganzen Weges, also ohne 300 m-Beschränkung, aber nur zu den Schulzeiten.

Die Beschlussvorlage der Bundesregierung gibt es [hier](#), die Beschlussdrucksache mit den Änderungen des Bundesrates [hier](#).

GEDENKEN

AN WALTER KOLBOW

Die AG 60plus Unterfranken trifft sich am Dienstag, den 29. April 2025, um 14 Uhr am Café Perspektive am Waldfriedhof in Würzburg, um gemeinsam unserem Ehrenvorsitzenden Walter Kolbow zu gedenken.

Im Anschluss gibt es im Café beim gemütlichen Beisammensein Informationen zur Landespolitik durch Volkmar Halbleib, von mir zur Bundespolitik und von Eva von Vietinghoff-Scheel zur OB-Wahl in Würzburg. Alle, die sich Walter verbunden fühlen, sind herzlich Willkommen. Und können danach gerne im Café die Möglichkeit zur Diskussion und zum Austausch miteinander nutzen.



distelAPPArat | pixabay

BUNDESTAG

SO GEHT ES IN BERLIN WEITER

- Der neu gewählte Bundestag ist am Dienstag, den 25. März 2025, zum ersten mal zusammengetreten und hat aus seiner Mitte die Bundestagspräsidentin sowie ihre Stellvertreter gewählt.
- Somit ist der Bundestag als Gremium voll arbeitsfähig, auch wenn es noch keine neue Bundesregierung gibt.
- Die Bundesregierung kann erst gewählt werden, wenn klar ist, welche Parteien die Regierung bilden. Dies entscheidet sich erst die nächsten Wochen, je nachdem, wie die Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD ausgehen und wie dann die SPD-Mitglieder darüber abstimmen (siehe rechts).
- Solange keine neue Regierung gewählt wurde, bleiben Olaf Scholz und seine Ministerinnen und Minister kommissarisch im Amt.
- Auch der Zuschnitt und die Zusammensetzung der Ausschüsse sind noch offen. Ich würde mich freuen, weiter in meinem Fachbereich Arbeit und Soziales arbeiten zu dürfen.



interculture01

KOALITION?

SO GEHT ES IN DER SPD WEITER

- Die Koalitionsverhandlungen laufen noch. Die 16 Arbeitsgruppen haben ihre Arbeit gemacht, nun verhandeln die Parteivorsitzenden miteinander.
- Sobald ein beschlussfähiges Papier vorliegt, startet die Abstimmung für alle SPD-Mitglieder. Nur die Mitglieder entscheiden basisdemokratisch darüber, ob wir mit CDU/CSU in eine Koalition gehen.
- Bevor es zur Abstimmung kommt, bekommen alle Mitglieder einen Brief aus Berlin mit einem Zugangscode, um online abzustimmen. Wer hierbei technische Hilfe benötigt, bitte an den jeweiligen Ortsverein wenden.
- Damit sich alle interessierten Mitglieder über den Koalitionsvertrag informieren und austauschen können, wird die UnterfrankenSPD drei regionale Info- und Diskussionsveranstaltungen in Aschaffenburg, Schweinfurt und Würzburg durchführen. Und es wird eine Online-Diskussion geben.
- Die Termine werden zeitnah bekannt gegeben, stehen aber trotzdem unter Vorbehalt, weil sich bei den Verhandlungen immer noch etwas verzögern kann.



Bernd Rützel

BUNDESTAG

ZAHLEN & FAKTEN

- Dank unserer Wahlrechtsreform verkleinert von 735 auf nun **630 Abgeordnete**, darunter **230 neue**
- **Frauenanteil:** 32,4 % (= 204), 2021 waren es 34,8 %
- **nach Fraktionen:** Grüne 61,2 %, Linke 56,2 %, SPD 41,7 %, CSU 25 %, CDU 22,6 %, AfD 11,8 %
- **Durchschnittsalter:** 47,1 Jahre (2021: 47,3 Jahre)
- Die **Altersspanne** reicht von 23 bis 84 Jahre.
- Mit fast 31 Jahren im Bundestag ist Gregor Gysidienstältester MdB und somit Alterspräsident.
- **Berufsgruppen** im Bundestag: 459 Abgeordnete aus den Bereichen „Unternehmensorganisation, Recht, Verwaltung“, 45 aus „Gesundheits-, Lehr-, Sozial- und Erziehungsberufen“, 44 aus „Sprache, Literatur, Gesellschaft, Wirtschaft, Medien, Kultur“, 20 aus „Rohstoffgewinnungs-, Produktions-, Fertigungsberufen“, 16 aus den Bereichen „Kaufmännische Dienstleistungen, Vertrieb, Tourismus“ und 15 „Sonstige“ wie Studierende, Azubis, Rentner

Foto: Mit meiner unterfränkischen Kollegin Sabine Dittmar in der ersten Sitzung des neuen Bundestages



Photothek Media Lab

IMAMOĞLU

FREIHEIT FÜR SOZIALDEMOKRATEN

Am Mittwoch, dem 19.03.25, wurde der Oberbürgermeister von Istanbul, Ekrem Imamoglu, zusammen mit mehr als 90 Personen aus seinem politischen Umfeld und leitenden Angestellten der Stadtverwaltung in einer groß angelegten Operation festgenommen. Ein faires Verfahren nach rechtsstaatlichen Prinzipien im Umgang mit den mutmaßlichen Vorwürfen von Korruption und Terrorunterstützung wurde nicht gewährleistet.

Die SPD-Bundestagsfraktion und das SPD-Parteipräsidium verurteilen in aller Schärfe die politisch motivierte Inhaftierung von Ekrem Imamoglu. Wir fordern seine sofortige Freilassung sowie die Freilassung aller anderen politischen Häftlinge.

Unsere Solidarität gilt unserem sozialdemokratischen Parteifreund Ekrem Imamoglu und den vielen Menschen auf den Straßen Istanbuls und in anderen Städten der Türkei, die gegen die Festnahmen friedlich demonstrieren. Wir stehen fest an der Seite unserer sozialdemokratischen Schwesterpartei CHP in ihrem Kampf für eine freie und demokratische Türkei. Freiheit für Ekrem Imamoglu!



AlexanderStein | pixabay

GRUNDSTEUER

DIE STEUER FÜR DIE KOMMUNEN

Zum Thema Grundsteuer erhalte ich zurzeit einige Zuschriften. Der Grund ist naheliegend: Im Februar sind erstmals Bescheide auf Grundlage der Grundsteuer-Reform ergangen. Anlass, einmal hinter die Schlagzeilen zu schauen. Ist es wirklich der Bund, der Schuld an teils gestiegenen Grundsteuern ist?

Recht

Die Grundsteuer ist die einzige Steuer, die originär und komplett den Kommunen zusteht. Jede Kommune legt mit Stadtratsbeschluss ihren individuellen Grundsteuer-Hebesatz fest.

2018 hatte das Bundesverfassungsgericht die alte Grundsteuer für verfassungswidrig erklärt, weil die Wertentwicklung von Grundstücken und Gebäuden nicht ausreichend berücksichtigt sei. Bund und Länder haben nach langen Verhandlungen eine Neuregelung erarbeitet. Es gab eine lange Übergangsfrist, seit dem 01.01.2025 gilt nun das neue Recht.

Besonders wichtig war es Bund und Ländern, dass die Neuregelung „einkommensneutral“ ausgestaltet ist. Es sollen im Grundsatz bei den Kommunen keine

Mehreinnahmen durch die Reform der Grundsteuer entstehen.

Die kommunalen Hebesätze sind es, die zu bundesweit unterschiedlichen Grundsteuer-Beträgen und teilweise erheblich gestiegenen Steuerbescheiden führen. So liegt der Hebesatz für nicht-Agrarflächen (B) in Gemünden bei 300 Prozent, in Leidersbach bei 320 Prozent, in Mömlingen bei 390 Prozent, in Miltenberg bei 420 Prozent, in Aschaffenburg bei 430 Prozent, in Lohr sind es 500 Prozent und in Würzburg sogar 520 Prozent. Einige Gemeinden haben nachgeschärft, um der Einkommensneutralität Rechnung zu tragen. In Rieneck lag der neue Hebesatz zunächst bei 350, wurde dann aber auf 300 Prozent reduziert.

Zahlen

Eine Umfrage von „immoscout24“ ergab, dass 25 Prozent der Grundstückseigentümer nach der Reform weniger Grundsteuer als vorher zahlen, für weitere 2 Prozent gab es keine Veränderung. 73 Prozent zahlen eine höhere Grundsteuer als vor der Reform, bei 25 Prozent von ihnen (35,71 Prozent von allen) ist die Steuer um mehr als 10 Prozent gestiegen, bei 18 Prozent von ihnen um mehr als 50 Prozent und bei 30 Prozent von ihnen (21,9 Prozent von allen) um mehr als 100 Prozent.

Fazit

Viele kommunale Haushalte sind auf Kante genäht. Dass sie an der Steuerschraube drehen und die kommunalen Hebesätze der Grundsteuer erhöhen, mag nachvollziehbar sein, entspricht aber nicht dem Willen des Gesetzgebers. Wo bislang Unklarheit über die künftige Einnahmehöhe bestand, sollte diese spätestens mit dem Erlass der neuen Bescheide ausgeräumt sein. Dann müssen die Kommunen nachschärfen, um die Einkommensneutralität zu gewährleisten.

GASTBEITRAG

VON MDL MARTINA FEHLNER

Büro Martina Fehlner



Landtagsabgeordnete
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,
Main-Spessart und Miltenberg

Tourismus- und Medienpolitische
Sprecherin der SPD-Fraktion

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

„Heute Notbetreuung“. Dieses Schild dürfte vielen Eltern bekannt sein. Morgens hängt es da an der Kita-Eingangstür, wenn sie ihr Kind bringen wollen. Wer berufstätig ist, für den ist jetzt schnelle Organisation gefragt: Mit dem Partner abstimmen, wer ins Homeoffice geht. Die Oma anrufen. Bei der Nachbarin klingeln. Notfalls den Nachwuchs mit ins Büro nehmen.

Der Personalmangel an den bayerischen Kitas ist nach wie vor gravierend. Überall fehlen Erzieherinnen und Erzieher, die Krankenstände sind überdurchschnittlich hoch. Das bayerische Kita-Problem ist aber noch weitaus größer: Denn das gesamte System ist dramatisch unterfinanziert. 2024 sprach der stellvertretende Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags bei einer Anhörung im Sozialausschuss des Landtags gar vor einem drohenden Zusammenbruch.

Die anstehende Kita-Reform bietet nun die Chance, unsere Kitas im Freistaat finanziell auf stabile Füße zu stellen, sie qualitativ aufzuwerten und für bessere Arbeitsbedingungen zu sorgen. Wir Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag haben dazu zentrale Forderungen formuliert und zu einem umfangreichen Antragspaket geschnürt. Einige unserer Forderungen:

Nur über ein Investitionsprogramm wird es gelingen, die Lücke von 70.000 fehlenden Kita-Plätzen zu schließen und damit den Rechtsanspruch auf einen Platz einzulösen. Dringend nötig ist eine Anpassung der Betriebskostenförderung. Die Kosten unserer Kitas sind massiv gestiegen. Die staatliche Förderung ist es nicht. Die Folge: immer höhere Kita-Gebühren. Eine nicht hinnehmbare Entwicklung. Niemals darf der Kita-Besuch zu einer Frage des Geldes werden.

Gute Arbeitsbedingungen sind Voraussetzung, um mehr Fachkräfte zu gewinnen – und sie auch zu halten: Dazu gehören mehr Platz und Räume für Besprechungen. Aber auch mehr Zeitkontingente, um etwa Gespräche mit den Eltern führen zu können. Oder um die überbordende Bürokratie zu bewältigen – darunter die vor kurzem eingeführten, wenig ziel-führenden Sprachstandserhebungen.

Im Zentrum aller Bemühungen müssen immer die Kinder selbst und ihre individuellen Bedürfnisse stehen. Deshalb ist es sinnvoll, Kita-Teams durch Logopädinnen oder Heilpädagogen zu ergänzen, Inklusion und Integration noch stärker in den Fokus zu rücken. Damit kein Kind zurückbleibt. In unseren Kitas wird die Grundlage für den späteren Bildungserfolg gelegt. Hier werden Werte vermittelt und ein sozialer Umgang miteinander eingeübt. Dies ist unverzichtbar, um Bildungsunterschiede zu schmälern und echte Chancengerechtigkeit zu schaffen. Sie sind die beste Investition in unsere Zukunft.

Dafür setze ich mich mit meiner Arbeit im Bayerischen Landtag auch weiterhin mit Nachdruck ein. Herzlichst, Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buergerbuerou@martina-fehlner.de